

„Stiller Tod“ –
oder Comeback aus dem
Geist der Gründer?

Die Volksparteien am Scheideweg

Stefan Mappus

In der politischen Publizistik dieser Tage werden zwei konträre Analysen zur Lage und Zukunft der Volksparteien vorgetragen: Die einen kündigen ihren unausweichlichen „stillen Tod“ an. Sie folgen mit dieser Prognose einem seit Jahrzehnten herrschenden Mainstream der veröffentlichten Meinung. Auf der anderen Seite macht man geradezu eine „Renaissance der Volksparteien“ aus. Schon ist die Rede davon, sie könnten „wie eine Springflut“ zurückkehren. Zumindest im bürgerlichen Teil des politischen Spektrums finden sich Belege für eine solche Entwicklung. Gerade in Baden-Württemberg hat die teilweise bedauerliche Formen annehmende Auseinandersetzung unter der Chiffre „Stuttgart 21“ dazu geführt, dass sich wieder mehr Bürger für den politischen Meinungswettstreit mobilisieren lassen. Die eindeutige Haltung der Landesregierung, die zu ihrem Wort steht, vorübergehenden Moden und Hysterien trotzt, dabei aber auf berechnete Einwände einzugehen bereit ist, wird offenbar honoriert und als Ausweis von Reife und Stehvermögen aufgefasst. Gerade in diesen Wochen des Wahlkampfes wird deutlich, wie tief die CDU in Baden-Württemberg in der Zivilgesellschaft verankert ist. Mit Fug und Recht wird derzeit betont, der Südwesten sei das eigentliche christdemokratische Stammland. Das liegt nach meiner Einschätzung daran, dass es der CDU in Baden-Württemberg vorbildlich gelungen ist, die drei Grundpfeiler der Union – das Christlich-Soziale, das Libe-

rale und das Konservative – gleichwertig zu verkörpern und zu ihrem Recht kommen zu lassen.

Die letzte Volkspartei

Schon vor dem gegenwärtigen Diskurs zum Thema galten CDU und CSU als die „letzten Volksparteien“. Historisch betrachtet, sind sie auch die ersten in Deutschland. Wohl gab es vor der Gründung der Union Massenparteien, doch waren diese stets einem Milieu verpflichtet oder an Partikularinteressen orientiert. Das gilt auch für die älteste im Deutschen Bundestag vertretene Partei, die SPD. Sie entwickelte sich erst durch das Godesberger Programm von einer reinen Arbeiter- zu einer Volkspartei und folgte damit dem Vorbild der neu entstandenen Union. Die frapierenden Erfolge der Regierung Adenauer hätten sie andernfalls in ein ähnliches Abseits gedrängt wie die diversen Splitterparteien, die in den Anfangsjahren der Bundesrepublik an die Weimarer Zeit anzuknüpfen versuchten. Durch die Entwicklung der SPD zur zweiten Volkspartei bildete sich ein relativ statisches Kräfteverhältnis zwischen den beiden Großen heraus, in dem die kleine FDP den Ausschlag zu geben vermochte. Der Schritt zum Zweiparteiensystem nach angelsächsischem Vorbild musste unterbleiben, nachdem die SPD den Liberalen zuliebe auf die bereits beschlossene Einführung des Mehrheitswahlrechts verzichtete.

Union und SPD haben in der Geschichte der Bundesrepublik mehrfach

bewiesen, dass sie im Bedarfsfall gemeinsam die Geschicke des Landes in die richtige Richtung zu lenken vermögen. Zwei Große Koalitionen auf Bundesebene haben wichtige Weichenstellungen ermöglicht. Hinzu kommt „informelles Zusammenwirken“, das beispielsweise die Arbeitsmarktreformen ermöglicht hat, aber auch dafür sorgte, dass wir die Bedrohung durch Terroristen seit den frühen 1970er-Jahren weitgehend im Konsens gemeistert haben. Bemerkenswert ist, dass die Sozialdemokraten dazu neigen, einige ihrer größten historischen Leistungen zu verleugnen. Aus jüngerer Zeit gilt dies etwa für die Reformen unter Gerhard Schröder oder das gemeinsame Krisenmanagement von Angela Merkel und Peer Steinbrück.

Die SPD befindet sich derzeit in einer unkomfortablen Lage; vor allem, weil sie es nicht vermocht hat, zwei Abspaltungen zu verhindern, die sie zwischen den Lagern einklemmen und in der Wählergunst zu überholen drohen. Dadurch ist ihr Status als Volkspartei bedroht. Ich fühle mich nicht berufen, den Sozialdemokraten Ratschläge zu geben, wie sie ihre bereits lang andauernde Krise überwinden könnten. Ich erlaube mir aber daran zu erinnern, dass es der Union stets gelungen ist, den von Franz Josef Strauß formulierten Anspruch zu erfüllen, niemals eine Partei rechts der Union erstarken zu lassen. Das ist der SPD auf dem linken Spektrum nicht geglückt, und deshalb kann sogar das Gespenst des Kommunismus wieder herumgeistern. Und leider sind SPD und Grüne nicht bereit, sich klar von Bündnissen mit der umbenannten SED zu distanzieren. Sie haben hinreichend belegt, dass sie für den Machterwerb ohne Weiteres bereit sind, diesen Schritt zu gehen.

Die zunehmende Irrationalität linker Argumentations- und Handlungsmuster sorgt auf der anderen Seite dafür, dass sich die Bürger dem Bewährten zuwen-

den. Die gute wirtschaftliche Lage – gerade auch ein Erfolg christdemokratischer Strukturpolitik – tut ein Übriges. Unterscheidbarkeit und eine klare Linie zahlen sich aus. Dennoch lässt sich kaum leugnen, dass auch die CDU zeitweise in der Gefahr war, durch eine zu wenig eindeutige Programmatik und Kommunikation an Profil zu verlieren und damit ihre Stammwählerschaft zu demobilisieren. Seit wir aber wieder mehr unseren „Markenkern“ betonen, zeigt sich ein deutlicher Stimmungsumschwung.

Gründung aus dem Geist des Antitotalitären

Doch was ist der „Kern“ der Union? Aus welchem Geist ist sie entstanden, und wie können wir ihn für das einundzwanzigste Jahrhundert und seine Herausforderungen lebendig halten? Die CDU als klassen-, milieu- und konfessionsübergreifende Volkspartei ist in der Katastrophe Deutschlands als christlicher, demokratischer und wertgebundener Gegenentwurf zum damals Vorhandenen entstanden. Im Gegensatz zum phrasenhaften „Antifaschismus“ von KPD und SED stand hier tatsächlich das Ziel der Überwindung totalitärer Versuchungen und Bedrohungen im Vordergrund. Die Gründergeneration der CDU bestand aus überlebenden Gegnern des Nationalsozialismus; viele unter ihnen hatten dem aktiven Widerstand angehört. Bei den ersten Treffen des Berliner CDU-Gründungskreises trugen manche noch ihre gestreifte Häftlingskleidung. Eugen Gerstenmaier, Mitglied des Kreisauer Kreises, sagte dazu: „Die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen.“ Gründungsvorsitzender der Berliner CDU war Andreas Hermes, der nur mit knapper Not seiner Hinrichtung als Teilnehmer am 20. Juli entgangen war. Weitere herausragende Namen sind in diesem Zusammenhang Jakob Kaiser und Hans Lukaschek.

Entsprechend entwickelte sich die Programmatik der jungen Bewegung: Man wollte die von Hitler ausgenutzte Zersplitterung des bürgerlich-konservativen, liberalen und christsozialen Lagers in zahlreiche sich gegenseitig blockierende Parteien überwinden. Das „christliche Sittengesetz“ als einigendes Band sollte neuen politischen Perversionen von rechts oder links einen Riegel vorschieben. Dazu konnte auf die Kontakte der Weimarer Zeit sowie auf Erfahrungen und Bekanntschaften aus dem Untergrund während der NS-Diktatur zurückgegriffen werden. Vom Kreisauer Kreis etwa waren antitotalitäre Gesellschaftsentwürfe erarbeitet worden, die nun teilweise aufgegriffen werden konnten.

Die Gründung der Union aus dem Geist des christlichen Widerstands war ein basisdemokratischer, föderaler Akt, der sich noch heute in der stark dezentralen Gliederung von CDU und CSU widerspiegelt. Damit wurde konkret auf Planungen und Überlegungen aus den verschiedenen Widerstandsgruppen zurückgegriffen. Die Union hat daher allen Grund, sich selbstbewusst als Vorreiter einer offenen, kreativen Bürgergesellschaft zu präsentieren. Die Gründung der CDU ist geradezu ein Lehrbuchbeispiel für erfolgreiches Wirken der Zivilgesellschaft. Sie war 1945 etwas fundamental Neues, eine „politische Tatgemeinschaft“ aller Christen, unabhängig von Konfession, regionaler oder sozialer Herkunft. In Zusammenhang mit dieser so überraschend erfolgreichen Neugründung „von unten“ war sogar vom „Wunder der CDU“ die Rede. In der uns heute fremd erscheinenden, manchmal zum Pathos tendierenden Sprache der Zeit sollten damit Anklänge an das Pfingstwunder hörbar werden: die erfolgreiche Gründung einer christdemokratischen Union als Überwindung der Sprachlosigkeit und politischen Zersplitterung zwischen den verschiedenen Kräften inner-

halb des bürgerlich-demokratischen Lagers.

Aus der Gründungsgeschichte ergibt sich die programmatische Breite der Union: Es fanden sich 1945 Politischer Katholizismus mit vorwiegend christlich-sozialem Ansatz, der Ordoliberalismus der Freiburger Schule und der politische Konservatismus zusammen. Alle drei Strömungen hätten ihrerseits eine oder mehrere eigene Parteien gründen können, haben es zum Teil auch versucht. Doch die Dynamik der jungen CDU und CSU fegte diese Versuche bald hinweg. Das Modell einer „Union“ dieser verschiedenen bürgerlichen Strömungen unter dem Banner des christlichen Menschenbildes entwickelte schnell eine kaum vorhergesehene Zugkraft. Nach den apokalyptischen Verheerungen, die ein entmenslichtes, entchristlichtes Deutschland zwölf Jahre verbreitet und zu erleiden hatte, drängte sich eine bewusste Rückbesinnung auf christlich-humanistische Werte geradezu auf. Das wurde noch verstärkt durch den Terror, dem die andere Form totalitärer Gewaltherrschaft hinter dem sich senkenden Eisernen Vorhang immer offener freien Lauf ließ.

Es gelang der CDU in den Folgejahren, die Wählerschaft aller drei Strömungen, die sie in sich vereinigte, an sich zu binden. Die Bedeutung dieser Entwicklung für den Erfolg und die Akzeptanz der jungen Bundesrepublik ist kaum zu überschätzen. Gerade die Konservativen, die der Weimarer Republik noch scharf ablehnend gegenübergestanden hatten, konnten so für das neue Gemeinwesen gewonnen werden und haben sich zunehmend mit ihm identifiziert. Dafür waren sowohl die schnellen Erfolge der ordoliberalen Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards als auch das überzeugende Personal der Union ausschlaggebend, allen voran natürlich die Persönlichkeit Konrad Adenauers. An diesen Erfolgsvoraus-

setzungen hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert: Es kommt weiterhin vor allem auf glaubwürdige Persönlichkeiten und eine Ordnungspolitik an, die geeignet ist, das erreichte hohe Wohlstandsniveau dauerhaft zu halten. Hinzu kommt die in meinen Augen zeitlos gültige Grundsatzprogrammatik der Union. In ihr kann sich bei allen tagespolitischen Schwankungen nach wie vor jede der drei Strömungen wiederfinden, ohne dass eine die anderen zurückgedrängt hätte.

Auflösung klassischer Sozialmilieus

Gleichzeitig als Ursache und als Beleg für den vermeintlichen Niedergang der Volksparteien wird immer wieder der Umstand angeführt, dass sich die klassischen sozialen Milieus aufgelöst hätten oder in Auflösung begriffen seien. In der Tat kann von einer „Arbeiterklasse“, so wie sie von Sozialisten verstanden wurde, keine Rede mehr sein. Die Arbeitswelt hat sich grundlegend verändert, aus Malochern am Fließband oder Kumpeln in den Kohlegruben sind mitunter hoch qualifizierte Fachkräfte geworden, deren Einkommen häufig das von Beamten oder Akademikern übersteigt. Der ländliche Raum ist heute viel stärker in das „Globale Dorf“ eingebunden, eine hohe Mobilität und moderne Kommunikationstechniken haben seine Lebensbedingungen den städtischen stark angenähert. Der Agrarsektor spielt zwar weiterhin eine wichtige Rolle, jedoch ist das geschlossene bäuerliche Milieu ebenso verschwunden wie die Arbeiterschicht. Auch konfessionelle Bindungen sind zurückgegangen und spielen für die politische Haltung der Bürger nur noch eine kleine, wenn auch nicht zu vernachlässigende Rolle.

Diese Entwicklung ist auch das Ergebnis sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik seit mehr als hundert Jahren, die zum Teil von der CDU geteilt und unter-

stützt wurde. Andererseits hat sie zur Folge, dass die Kernanliegen der alten SPD-Klientel weitestgehend erfüllt sind. Der „Revisionismusstreit“ innerhalb der Arbeiterbewegung ist gleichsam von der Geschichte entschieden worden: Evolutionäre Mitgestaltung innerhalb der bestehenden Ordnung hat über das Streben nach der Revolution und den Wunsch nach einem „Neuen Menschen“ gesiegt. Soziale Partnerschaft und Interessenausgleich haben sich als weitaus förderlicher für das Gemeinwohl erwiesen als sozialistische Träumereien und Experimente. Deshalb ist die SPD seit etwa dreißig Jahren auf der Suche nach einem neuen Ziel, einem neuen Gleichgewicht. Deshalb mag für sie die Analyse der Auflösung sozialer Milieus und ihrer Folgen zumindest bis auf Weiteres zutreffen.

Drei gleichberechtigte Wurzeln – Garantie für den künftigen Erfolg

Für die Union gilt das nicht. Sie war von Anbeginn ausdrücklich nicht auf ein bestimmtes Milieu oder Klientel beschränkt, sondern wendet sich an das gesamte Volk. Die drei politischen Grundhaltungen, die sie in sich vereinigt, sind milieunabhängig. Sie sind in allen zivilisierten, freien Gesellschaften vorhanden und bilden zusammen den Teil des politischen Spektrums ab, der innerhalb parlamentarischer Sitzordnungen die rechte Mitte ausmacht. Wie schon erwähnt, handelt es sich um die christlich-soziale, die liberale und die konservative Grunddisposition.

Die *christlich-soziale Haltung* geht ihrem Wesen nach über das Politische hinaus, und ihre Geschichte reicht bis in die ersten Tage des Christentums. Als moderne politische Bewegung hat sie ihre Wurzeln im neunzehnten Jahrhundert. Damals begannen katholische wie evangelische Christen intensiv nach Antworten auf die immer brennender werdende soziale Frage zu suchen. Die Namen Kol-



Die politisch-soziale Bewegung aus christlichem Geist entwickelte schon im neunzehnten Jahrhundert ein Gegenkonzept sowohl zum atheistischen Marxismus als auch zum schrankenlosen Marktliberalismus. Auf diesem Fundament fußt die Union, die sich aus dem christlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus entwickelte. Gerade heute kann das christliche Menschenbild und die aus ihm resultierende soziale Verantwortung wieder neue Orientierung bieten. Hier ein Wahlplakat der CDU zum Bundestagswahlkampf 1949.

*Quelle:
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

ping und Ketteler, Bodelschwingh und Wichern stehen für diese Phase. Sie entwickelten ein christliches Gegenkonzept sowohl zum atheistischen Marxismus als auch zum schrankenlosen Marktliberalismus. Die päpstliche Enzyklika *Rerum novarum* legte 1891 das Fundament der Katholischen Soziallehre, die bis heute ein Grundpfeiler christdemokratischer Politik ist. Gerade heute, vor dem Hintergrund eines grassierenden Relativismus, kann das christliche Menschenbild und die daraus entstehende soziale Verantwortung Orientierung bieten. Sie diente schon in weit schwierigeren Zeiten als der unseren als bewährte Richtschnur.

Unter dem Joch der NS-Diktatur entwarf die Freiburger Schule um Walter Eucken eine ordoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für die Zeit nach Hitler. Sie berücksichtigte die Er-

fahrungen, die man mit Manchester-Liberalismus und nationalsozialistischer Planwirtschaft gemacht hatte. Ihre Ideen wurden zur Folie für die von Ludwig Erhard umgesetzte Soziale Marktwirtschaft. Sie ist das Markenzeichen der Union, sie hat den rasanten Wiederaufstieg Deutschlands im Wirtschaftswunder ermöglicht, und sie ist es, die unsere Wirtschaft im vergangenen Jahr so schnell hat gesunden lassen.

Die historischen Wurzeln des *Liberalismus* liegen in der europäischen Aufklärung, teilweise waren sie bereits im Humanismus und in der Reformation angelegt. Individuelle und wirtschaftliche Freiheit haben die Industrialisierung, den technischen Fortschritt und „Wohlstand für alle“ möglich gemacht. Gerade in Baden hat der Liberalismus seit dem frühen neunzehnten Jahrhundert starke politi-

sche und auch wissenschaftliche Wurzeln. Vom ordoliberalen Bündnis mit christlich-sozialen Anliegen in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft war bereits die Rede. In der CDU hat sich dieses Bündnis verstetigt und immer wieder den Zeitumständen entsprechend erneuert. Kontroverse Diskussionen mündeten dabei immer in einem vernünftigen Kompromiss.

Das Jahr 1989 war ein epochaler Sieg der Freiheit über eine unfreiheitliche Ideologie, die halb Europa und Teile der Welt jahrzehntelang im Würgegriff gehalten hatte. Damals war die Rede vom „Ende der Geschichte“, die ihr Ziel in einer weltweiten, offenen Gesellschaft mit liberaler Ordnung gefunden habe. Wir haben erfahren müssen, dass dies mitnichten der Fall ist und die Freiheit immer und überall gegen ihre Feinde verschiedenster Färbung verteidigt werden muss. Deshalb wird der Liberalismus weder als ökonomische noch als gesellschaftliche Grundhaltung jemals an Bedeutung und Wert verlieren.

Schließlich, doch sicher nicht zuletzt, steht die Union auch für die politische Heimat des *Konservatismus*. Dazu ist in letzter Zeit ebenso viel Kluges wie Unsinniges gesagt und geschrieben worden. Ich bin der festen Überzeugung: Die CDU wird ihre beispiellose Erfolgsgeschichte nur fortsetzen können, wenn sie auch ihre konservative Wurzel wirklich ernst nimmt.

Der Konservatismus als politische Bewegung ist eine Reaktion auf den Umsturz des alten Europa durch die Französische Revolution. Schreckensherrschaft und jahrzehntelange Volkskriege hatten gezeigt, wohin die schönen Ideen der Aufklärung bei „falschem“ Gebrauch führen konnten. Oft wird vergessen, dass Konservative sich vehement gegen den Absolutismus stemmten und mit dem „guten Alten Recht“ auch auf alten ständischen Freiheiten bestanden. Das war in

besonderem Grad in Württemberg der Fall, wo die alte Landesverfassung schon 1514 die bereits vorher durch Gewohnheitsrecht entstandenen Mitwirkungsrechte des Landtags verbriefte. Der Konservatismus in Deutschland beruft sich ganz wesentlich auf föderale und ständisch-parlamentarische Traditionen. Er ist geprägt von einer tiefen Skepsis gegenüber theoretischen Überhöhungen und Mode-Radikalismen sowie von der Ablehnung obrigkeitlicher oder kollektivistischer Eingriffe in das private Sozial- und Wirtschaftsleben. Gleichzeitig betont der Konservative die Notwendigkeit eines verlässlichen staatlichen Ordnungsrahmens, der sich vor allem in einem funktionierenden Rechtsstaat manifestiert. Er steht zur sozialen Verantwortung, die jedoch immer mit der persönlichen Freiheit und der Eigenverantwortung korrespondieren muss. Radikal wird der Konservative nur, wenn es darum geht, die Würde des einzelnen Menschen gegen Relativierungen aller Art zu verteidigen.

Schon diese knappen Sätze zeigen, dass der wohlverstandene Konservatismus große Schnittmengen sowohl mit liberalen als auch mit sozialen Haltungen aufweist. Die Union hat es sich zur Aufgabe gemacht und es meistens verstanden, diese Schnittmengen zusammenzuführen und in praktische, höchst erfolgreiche Politik umzusetzen. Das konservative Element ist dabei von großem Wert, wir sollten es nicht verstecken, sondern herausstellen und immer wieder sein wahres Wesen betonen und erklären. Das ist in einem von linksliberalen Medien und progressivistischen Intellektuellen geprägten öffentlichen Raum nicht immer einfach, kommt aber bei den Menschen an, deren Lebenswirklichkeit mehrheitlich eine andere ist als in großstädtischen Redaktionsstuben.

Im Süden Deutschlands ist das Konservative in der Union nie versteckt worden. Das hat sowohl mit der günstigen

Sozialstruktur als auch mit der Überzeugungskraft und Standhaftigkeit der jeweils Verantwortlichen in CDU und CSU zu tun. Deshalb bin ich auch sehr zuversichtlich, was unsere Zukunft angeht. Weil die Union sichtbarer als zuvor alle drei Wurzelstränge ihres Wesens kommuniziert, vermag sie weiterhin einen wesentlichen Teil des bürgerlichen Spektrums zu mobilisieren. Dass eine ähnliche Entwicklung auf Bundesebene möglich und bereits eingetreten ist, zeigt der Erfolg Angela Merkels, deren situationsgerechte Politik vielleicht nicht immer im Habitus, wohl aber im Ergebnis im besten Sinne konservativ ist. Das beweist ihr besonnenes Handeln in der Krise, das niemals auf den unmittelbaren Effekt, sondern immer auf die langfristige Wirkung ausgerichtet war.

Zersplitterung auf der anderen Seite

Hingegen ist das linke, das „progressive“ Spektrum zersplittert. Die Grünen wurden schon zur neuen Volkspartei einer vermeintlich in ihrem Sinne modernen, bürgerlichen Mitte hochgeschrieben. Doch schon eine oberflächliche Analyse ihres Denkens und Handelns zeigt, wie wenig sie es in Wahrheit sind. Sie haben sich einer Art ökologistischen Ersatzreligion mit stark irrationalen Zügen verschrieben, mit der sie alle Lebensbereiche neu zu ordnen beanspruchen. Sie sind sowohl Ausdruck des grassierenden Relativismus als auch der linken Sehnsucht nach seiner Überwindung durch eine neue Sinnggebung und ein „großes Ziel“. Dabei neigen sie zu einer „Umwertung aller Werte“, die dazu führt, dass eine zum Dogma erhobene Toleranz in Unduldsamkeit gegenüber denjenigen umschlägt, welche sich ihren zur allge-

meinverbindlichen Lebensmaxime erhobenen Normen verweigern.

Eine wahrhaft bürgerliche Volkspartei hat dergleichen aus den dargelegten Gründen nicht nötig. Der Umweltschutz – das berechtigte Ursprungsanliegen der grünen Bewegung – ist bei der Union in Wahrheit schon seit den 1980er-Jahren weit besser aufgehoben als bei denen, die ihn mittlerweile durch seine quasi-religiöse Überhöhung aus den Augen verloren haben. Wenn eine Partei sich mit ganzer Kraft einem einzigen Thema verschreibt, es zur Schicksalsfrage erklärt, Hysterie aufgreift oder gar schürt wie in Stuttgart, dann mag sie damit einen kurzlebigen Aufmerksamkeitsschub in Medien und Umfragen auslösen.

Wenn sie aber nachhaltige Antworten auf die wirklich drängenden Fragen der Zeit geben soll, muss sie passen und verliert sich im Dagegen. Besonnenheit ist ihr fremd, Maß und Mitte geraten aus dem Blick. Schließlich platzt die Blase und entlarvt den Scheinriesen.

Ich weiß nicht, ob die Sozialdemokraten irgendwann in der Lage sein werden, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen. Für die Zukunft der Union als Volkspartei ist mir indessen auch vor diesem Hintergrund überhaupt nicht bange. Nur ein kleines, gleichwohl sehr vielsagendes Beispiel für die Vitalität der Union war die Debatte auf dem Karlsruher Bundesparteitag zur Frage der Präimplantationsdiagnostik. Sie war geprägt von tiefer intellektueller Durchdringung des Themas und einer offenen, sachlichen Auseinandersetzung, die fruchtbare Kontroversen ermöglicht, ohne unüberwindliche Mauern zwischen den Kontrahenten zu hinterlassen.